Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,
liebe Kolleginnen und Kollegen im Stadtrat,
sehr geehrte Damen und Herren,

die Verwaltung – insbesondere die Stadtkämmerei – hat erneut unter sehr schwierigen Rahmenbedingungen einen genehmigungsfähigen Haushalt vorgelegt. Dafür gilt unser ausdrücklicher Dank. Angesichts globaler Krisen, steigender Ausgaben, wachsender Umlagen und anhaltend hoher Zinsen ist es keine Selbstverständlichkeit, einen ausgeglichenen Haushalt präsentieren zu können

Doch ein Haushalt ist mehr als eine Ansammlung von Zahlen.

Er ist Ausdruck politischer Prioritäten. Und er muss sich – aus unserer Sicht – stets an einem zentralen Maßstab messen lassen: dem **Gemeinwohl.**

Erfreut stelle ich fest, dass in den letzten Jahren der Begriff Gemeinwohl in politischen Diskussionen im Stadtrat zunehmend genannt wird. Gleichzeitig habe ich den Eindruck, dass wir nicht alle dasselbe meinen, wenn wir das gleiche Wort benutzen. Daher erlaub ich mir kurz zu erklären, was Gemeinwohl für mich bedeutet:

Der Begriff des Gemeinwohls ist in der Bayerischen Verfassung ausdrücklich verankert. Artikel 151 stellt die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit unter das Gebot, dem Gemeinwohl zu dienen. Ursprünglich war damit die klare Absage an ein rein profitorientiertes Staatsverständnis gemeint. Nach den Erfahrungen der Weimarer Zeit und des unsäglichen Nationalsozialismus sollte wirtschaftliches Handeln wieder eingebettet werden in Verantwortung, Solidarität und soziale Gerechtigkeit.

Für uns als ÖDP bedeutet das: Kommunalpolitik darf sich nicht allein an Wachstumszahlen oder kurzfristiger Haushaltsoptimierung orientieren. Sie muss fragen: Dient diese Entscheidung dem langfristigen Wohl aller – auch derjenigen, die heute noch keine Stimme haben?

Der Stadtrat fungiert als Treuhänder der Stadt Lindau im Ganzen. Treuhänder des städtischen Vermögens, der Infrastruktur, der natürlichen Lebensgrundlagen – und damit Treuhänder für kommende Generationen. Was wir heute entscheiden, prägt die Handlungsspielräume von denen, die morgen, in einhundert Jahren und später hier leben. Dieser Gedanke verpflichtet zu besonderer Sorgfalt, insbesondere im Umgang mit Grund und Boden, mit finanziellen Rücklagen und mit langfristigen Investitionen. Das Diskutieren und Ringen um die entsprechenden Beschlüsse sind oft anstrengend und zäh – und notwendig.

Aber zurück zum Haushalt:

Der Haushalt 2026 bleibt – wie bereits im Vorjahr – stark geprägt von Pflichtaufgaben. Die Spielräume sind gering. Die Kreisumlage steigt weiter, die Belastungen durch Bundes- und Landesgesetze nehmen zu. Hier braucht es eine ehrliche Diskussion über die Lastenverteilung zwischen Bund, Land, Bezirk, Kreis und Kommune.

Gleichzeitig sind im Haushalt die wichtigsten Punkte enthalten, wobei ich nur auf einiges eingehe.

Positiv bewerten wir, dass Investitionen in Schulen und Ganztagsbetreuung konkret finanziell hinterlegt sind und dass das neue Betreuungsgebäude in Reutin jetzt gebaut werden kann und in absehbarer Zeit in Betrieb geht. Wir sehen also den Fortschritt.

Ausgaben für Bildung sind übrigens Gemeinwohl in seiner reinsten Form. Jeder Euro, den wir hier investieren, ist eine Investition in das Ermöglichen von persönlichen Chancen für junge Menschen, in gesellschaftlichen Zusammenhalt und auch in die wirtschaftliche Entwicklung.

Auch die erheblichen Zuschüsse für unsere Kitas sichern Teilhabe und ermöglichen Familien, Beruf und Erziehung zu vereinbaren. Dass erstmals keine Wartelisten mehr bestehen und damit jedes Kind in Lindau auch einen Betreuungsplatz bekommt, ist ein Erfolg gemeinsamer Anstrengungen. Hier zeigt sich: Nachhaltige Investitionen wirken.

Ebenso wichtig ist die Unterstützung unserer Vereine. Ehrenamt ist eine sogenannte „freiwillige Leistung“ in Haushaltssprache – in der Realität aber das Fundament unserer Stadtgesellschaft, das wir auch weiter fördern wollen. Denn, wer das Gemeinwohl ernst nimmt, stärkt diejenigen, die es täglich leben.

Gleichzeitig müssen wir den Blick weiten: Klimaschutz, nachhaltige Mobilität, sparsamer Umgang mit Grund und Boden – all das sind keine Luxusprojekte. Sie sind Vorsorgepolitik. Bereits im vergangenen Jahr haben wir betont, dass insbesondere der Umgang mit städtischem Vermögen besondere Achtsamkeit verlangt

Boden ist nicht vermehrbar. Was wir heute an Grundstücken verkaufen, muss sehr gut abgewogen werden, denn es entzieht kommenden Generationen Gestaltungsspielräume.

Das Ziel der Klimaneutralität bis 2035 bleibt richtig und wir sollten alles daran setzen, das auch zu erreichen.

Auch wenn die Mittel begrenzt sind: Jeder Schritt zählt. Denn die Kosten des Nichthandelns wären um ein Vielfaches höher – ökologisch wie finanziell – und vor allem hier in Lindau für jeden spürbar.

Ein kritischer Punkt bleibt die Finanzierung des ÖPNV. Wenn die Stadt die Aufgabenträgerschaft übernimmt und Defizite trägt, gleichzeitig aber über die Kreisumlage ein Drittel des Landkreis-ÖPNV mitfinanziert, entsteht ein strukturelles Ungleichgewicht, das dringend behoben werden muss.

Dieser Haushalt ist solide. Er sichert unsere Handlungsfähigkeit. Er vermeidet zum vierten Mal in Folge eine Neuverschuldung. Das ist hoffnungsvoll. Gleichzeitig zeigt sich, wie eng

die Spielräume geworden sind und wie verantwortungsvoll der Stadtrat weiterhin über Investitionen entscheiden muss.

Gerade deshalb ist es wichtig, dass wir uns immer wieder fragen: Wofür setzen wir die knappen Mittel ein? Welche Prioritäten dienen tatsächlich dem Wohl der gesamten Stadtgemeinschaft – heute und morgen?

Die Antworten darauf zu finden bleibt auch in den nächsten Jahren unsere gemeinsame Herausforderung im Stadtrat – unabhängig von seiner zukünftigen Besetzung.

Die ÖDP stimmt dem Haushaltsentwurf zu.